

## LEITARTIKEL: „Die Not lindern, aber auch die Finanzierung sichern“



Von Josef Mederer, Präsident des Bayerischen Bezirktags.

Groß ist die Not, bedrückend sind die einzelnen Schicksale. Im Zuge der dramatischen Flüchtlingsströme kommen seit Monaten auch immer mehr unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Bayern. Hier fallen diese zunächst unter die Obhut und Betreuung der Jugendämter. Doch auch die Bezirke sind von den Folgen, der ständig steigenden Zahl von jungen Flüchtlingen, die allein auf einem oft wochenlangen Weg den brutalen Schrecken und Wirren des Krieges und der Gewalt in ihren Heimatländern entronnen sind, betroffen. Dann nämlich, wenn diese jungen Menschen traumatisiert sind und einer sofortigen und nachhaltigen ärztlichen und im Besonderen psychiatrischen Versorgung bedürfen.

Zunächst einmal ist es unbedingt zu begrüßen, dass spätestens ab dem 1. Januar 2016 die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge gleichmäßig auf die Jugendämter im gesamten Bundesgebiet verteilt werden sollen. Diese Regelung löst zwar eine Vielzahl logistischer Probleme, sie führt aber keineswegs zur dringend gebotenen finanziellen Entlastung der Bezirke. Denn die Bezirke finanzieren demnach auch künftig die Kostenerstattungen an die Jugendämter im gesamten Bundesgebiet nach dem alten Verteilungssystem, die bis zum Inkrafttreten der neuen Regelung entstanden sind und geschätzt bei 27 Millionen Euro im Jahre 2016 liegen.

Weiterhin finanziert die dritte kommunale Ebene alle ab 2016 entstehenden Kosten für die unbegleiteten jungen Menschen, die vor der Neuregelung in bayerischen Jugendämtern in Obhut genommen wurden. Diese Summe beläuft sich auf rund 380 Millionen Euro bei derzeit gut 14 000 Fällen á 27 000 Euro – niedrig geschätzt – im kommenden Jahr. Und darüber hinaus erstatten wir die Kosten, für die ab 2016 in bayerischen Jugendämtern neu auftretenden Fallzahlen. Hier beläuft sich die Schätzung auf 16 Millionen Euro bei zunächst fünf Prozent der dann neu in Bayern verbleibenden minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge.

Damit müssten die Bezirke für diese jungen Flüchtlinge allein im kommenden Jahr mehr als 430 Millionen Euro aufbringen. Der Freistaat erstattet den Bezirken von diesen Jugendhilfekosten nur diejenigen für minderjährige Flüchtlinge, die sich noch im Anerkennungsverfahren befinden. Wie hoch dieser Anteil sein wird, ist völlig offen. So ist davon auszugehen, dass wir als Bezirke knapp die

Hälfte der Kosten in 2016, also mehr als 210 Millionen Euro am Ende finanzieren müssten. Eine entsprechende spürbare Mehrbelastung für die Umlagezahler wäre unvermeidbar.

Umso mehr, das sage ich ganz deutlich, ist nun der Freistaat am Zug, die enorme Kostenexplosion vollständig und im Sinne einer dauerhaften Entlastung der kommunalen Ebene auszugleichen. Denn die Betreuung der unbegleiteten jungen Flüchtlinge ist eine gewaltige gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in allen anderen Bundesländern vollständig vom Staat finanziert wird. Ich fordere daher die Staatsregierung auf, die Aufgabenzuweisung an die Bezirke im bayerischen Ausführungsgesetz so schnell wie möglich aufzuheben.

### Jede siebte Aufgenommene ist ein junger Flüchtling

Ein weiteres Problem, dem wir uns als Bezirke zu stellen haben, ist die medizinische Versorgung der traumatisierten jungen Menschen, die unendliches Leid und ein oft unvorstellbares Ausmaß an Brutalität erleben mussten. 25 Prozent aller Flüchtlingskinder leiden unter posttraumatischen Belastungsstörungen. 50 Prozent von ihnen haben dringenden therapeutischen Bedarf.

Doch stoßen die Angebote der Kinder- und Jugendpsychiatrie, stationär wie ambulant, schon heute an Grenzen. Professor Freisleder, Direktor der Heckscher Klinik in München, machte dies kürzlich in einem Hilferuf deutlich: Jedes Jahr verdoppelt sich allein in seinem Haus und den angeschlossenen Einrichtungen die Zahl der zu behandelnden minderjährigen Flüchtlinge. Derzeit ist jede siebte Neuaufnahme ein junger Flüchtling. Notwendige zusätzliche personelle Ressourcen und dringend benötigte Dolmetscher sind nicht refinanziert oder fehlen grundsätzlich. Darüber hinaus fehlen auch noch Erfahrungen, wie zum Beispiel die Versorgung von selbstmordgefährdeten jungen Flüchtlingen bestmöglich gestaltet werden kann. Diese müssten, so sagt es Freisleder, eigentlich beschützt auf einer geschlossenen geführten Station aufgenommen werden.

Meine Anerkennung möchte ich allen in Kliniken und Ambulanzen Tätigen aussprechen, die auch mit Hilfe kultursensibler Methoden ein Höchstmaß an Einsatz zeigen, um diese Minderjährigen mit so vielen ethnischen Verschiedenheiten auf- und anzunehmen. Umso wichtiger ist es, dass nun rasch vor allem die finanziellen Entlastungen durch den Freistaat kommen, damit wir im medizinischen Bereich unserem Auftrag gerecht werden können. Die Staatsregierung muss jetzt entschlossen und massiv helfen. Es eilt!

### Junker-Kübert folgt auf Dumberger-Babiel

## Neue Bezirksjugendring-Chefin

„Im Bezirk Schwaben haben wir einen wichtigen Partner für die Jugend“, sagt Claudia Junker-Kübert, „das ist eine Zusammenarbeit, auf die ich mich sehr freue.“ Die gebürtige Augsburgerin tritt beim Bezirksjugendring Schwaben die Nachfolge des langjährigen hauptamtlichen Geschäftsführers Winfried Dumberger-Babiel an. Für Claudia Junker-Kübert ist die neue Position auch eine Art Rückkehr: Die gebürtige Augsburgerin, die inzwischen mit ihrer Familie in Mering lebt, arbeitete die letzten Jahre in München.

Bezirksstagspräsident Jürgen Reichert hieß Claudia Junker-Kübert willkommen: „Eine ausgesprochene Fachfrau, die sich in der Jugendarbeit durch ihre Tätigkeit auf Landesebene exzellent auskennt.“ Der Bezirk Schwaben fördert gemeinsam mit dem Bezirksjugendring die

Kinder- und Jugendarbeit in Schwaben, dabei ist der BJR für ihn fachlicher Ansprechpartner, beispielsweise auch beim Betrieb der Jugendbildungsstätte Babenhäuser. Dort ist eines der kommenden Großprojekte der Bau der künftigen Mehrzweckhalle.

Die 46-jährige Pädagogin und Sozialbetriebswirtin war zuletzt Landesvorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend und Geschäftsführende Leiterin der Landesstelle für Katholische Jugendarbeit in Bayern. Sie freut sich auf ihre Tätigkeit in Schwaben: „Hier bewegt sich unheimlich viel, die Jugendarbeit und der Bezirksjugendring sind bereits gut aufgestellt.“ Dennoch gebe es durch die gesellschaftlichen Entwicklungen immer wieder neue Themen, auf die man in der Jugendarbeit reagieren müsse. > BIRGIT BÖLLINGER

### Vierseithof von Winfried Warner in der Gemeinde Tann im Landkreis Rottal-Inn ausgezeichnet

## Vorbildlicher Denkmalschutz

Engagierte Denkmalpflege und moderne Wohnkultur müssen nicht im Widerspruch zueinander stehen, sondern können vielmehr eine ganz besondere, äußerst reizvolle Verbindung eingehen. Winfried Warner ist dies bei der Instandsetzung seines denkmalgeschützten Vierseithofs in der im Landkreis Rottal-Inn gelegenen Gemeinde Tann mustergültig gelungen. Dafür wurde ihm der „Denkmalpreis des Bezirks Niederbayern 2015“ verliehen.

Niederbayerns Bezirksstagspräsident Olaf Heinrich überreichte Winfried Warner die mit 7500 Euro dotierte Auszeichnung zusammen mit einer Glasskulptur im Freilichtmuseum Massing: „Sie und Ihre Frau haben die Einmaligkeit Ihres Besitzes erkannt, geschätzt und durch die vorbildliche Instandsetzung vor dem Verfall bewahrt“, so Heinrich in seiner Rede. Edeltraud Plattner, Vize-Landrätin des Landkreises Rottal-Inn, gratulierte in Ihrem Grußwort: „Dass es heute so ein Schmuckstück ist, darauf können Sie stolz sein und die Gesellschaft ist Ihnen zu Dank verpflichtet, weil Sie ein Stück Heimat erhalten haben.“

Der Vierseithof datiert um 1850 – schon damals ein Glanzstück ländlichen Bauens und bis heute ein typisches Beispiel für die regionale Baukultur des 19. Jahrhunderts. Eine Hofanlage in dieser Gesamtheit ist nur mehr selten zu finden. Kulturwissenschaftlerin Christine Lorenz-Los-



Der Vierseithof ist ein typisches Beispiel für die regionale Baukultur des 19. Jahrhunderts. FOTO BEZIRK NIEDERBAYERN

sin dokumentierte die umfassende und aufwendige Instandsetzung in ihrer Laudatio. Die neuen Besitzer hätten grundlegendes Fachwissen, die notwendige Sensibilität für die historische Bausubstanz, den Charme der Hofanlage mitgebracht. Dadurch sei es gelungen, ein Baudenkmal mit bewegter 150-jähriger Geschichte seinen individuellen Charakter zu bewahren. Oberstes Ziel sei die bestmögliche Bestandserhaltung gewesen – so, wie es sich jeder Denkmalpfleger wünscht.

Unter dem Titel *Verkannt und unbeliebt!? Denkmale der Industrie- und Technikgeschichte* beleuchtete Bezirksheimatpfleger Maximilian Seefelder in seinem Festvortrag das Thema des Denkmaltags „Handwerk, Technik, Industrie“. Die baukulturelle Identität sei nicht nur durch Gotteshäuser, Burgen, Schlösser, Villen oder Bauernhäuser geprägt, sondern auch durch die weniger geachteten Bauten des Technik- und Industriealters. Die Industrialisierung und die rasante technische

Entwicklung hätten die Arbeits- und Lebenswelten unserer Vorgänger-Generationen verändert wie nie zuvor. Dadurch hätten ganze Landstriche innerhalb kürzester Zeit eine industrielle Prägung bekommen. Als Beispiele führte Seefelder Glasmacherorte in Niederbayern und der Oberpfalz an, nationale Stätten der Stahlerzeugung, Kohleförderung und Energiewirtschaft oder auch den industriellen Abbau von Graphit und Granit im Bayerischen Wald. > CHRISTINE KNOTT

### Mittelfränkischer Bezirksstagspräsident von Präsident Hollande für Verdienste um Regionalpartnerschaft ausgezeichnet

## Französischer Verdienstorden für Bartsch

Richard Bartsch, Bezirksstagspräsident von Mittelfranken, erhielt in diesen Tagen im Limoges- und Limousin-Haus in Fürth den Nationalen Verdienstorden Frankreichs. Er wurde damit für sein „langjähriges, wichtiges und wegweisendes Engagement im Dienste der deutsch-französischen Beziehungen und insbesondere der Regionalpartnerschaft zwischen dem Bezirk Mittelfranken und der französischen Region Limousin“ zum Ritter im Nationalen Verdienstorden Frankreichs ernannt. Die Verleihung, die im Namen von Staatspräsident Francois Hollande erfolgte, nahm in einer Feierstunde der französische Generalkonsul für Bayern, Jean-Claude Brunet, vor.

Der nationale Verdienstorden ist der nach der Ehrenlegion die zweithöchste und zugleich jüngste Orden Frankreichs. Er wurde im

Jahr 1963 von Staatspräsident Charles de Gaulle geschaffen. Mit der Auszeichnung werden besondere Verdienste gewürdigt, die im öffentlichen Dienst, im zivilen, im militärischen oder im privaten Bereich geleistet wurden.

Im Anschluss an die Ordensverleihung berichtete Professor Henri Ménudier über die Neugestaltung der Regionen in Frankreich ab dem nächsten Jahr. Die Beziehungen zwischen der französischen Region Limousin mit ihren drei Départements und dem Bezirk Mittelfranken bestehen seit Mitte der 70er-Jahre und haben weit über diese Regionen hinaus Bedeutung und Vorbildcharakter. Mit dem Département Haute-Vienne schloss der Bezirk Mittelfranken die Partnerschaftsvereinbarung 1981, mit dem Département Creuse acht Jahre später und mit dem Département Corrèze im Jahr



Vertreter und Freunde Frankreichs (von links): Generalkonsul Jean-Claude Brunet, die Regionalrätin der Region Limousin, Christèle Coursat und Bezirksstagspräsident Richard Bartsch. FOTO ANDRÉ FREUD

1994. Seit 1995 besteht nun schon „die in vielerlei Hinsicht gute und ertragreiche“ Regionalpartnerschaft zwischen dem Bezirk Mit-

telfranken und dem französischen Limousin. Deren Fundament sind 33 Kommunalpartnerschaften. > BARBARA-ANN DISTLER

### Oberbayern fördert Unabhängige gemeindenaher psychiatrische Beschwerdestellen

## Offenes Ohr für seelische Nöte

Patienten der psychiatrischen Kliniken finden hier ein offenes Ohr für ihre Sorgen und Nöte: Die Unabhängigen gemeindenaher psychiatrischen Beschwerdestellen haben sich seit 2012 als wichtiger Baustein in der psychiatrischen Versorgung Oberbayerns etabliert. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des oberbayerischen Bezirksstags hat das Modellprojekt deshalb ab sofort in die Regelförderung aufgenommen. Regionalisierte Beschwerdestellen gibt es unter anderem in Bad Tölz, Traunstein, Burghausen, Starnberg und Ingolstadt. Freising und Weilheim sind im Aufbau.

Bei den Unabhängigen Beschwerdestellen finden die Betroffenen niedrigschwellig – leicht erreichbar, kostenlos, auf Wunsch anonym – Hilfe und Ansprache für ihre Anliegen. Gegebenenfalls können sie dort ein Beschwerdeverfahren einleiten. Organisiert werden die Beschwerdestellen von den Selbsthilfeverbänden Psychiatrie-Erfahrener sowie von

Angehörigenverbänden psychisch Kranker. „In den Beschwerdestellen können die Betroffenen in geschützter, neutraler Atmosphäre ihren Kummer abladen“, sagte Bezirksstagspräsident Josef Mederer. „Sie können Konflikte auf Augenhöhe ansprechen und lösen. Das ist wichtig, weil Menschen mit Psychiatrie-Erfahrung oft nur schwer Zugang zum etablierten Beschwerdesystem der Kliniken und Einrichtungen finden.“ So seien bereits zahlreiche Konflikte beigelegt worden. „Die Beschwerdestellen leisten hervorragende ehrenamtliche Arbeit“, so der Präsident weiter. „Ihre Arbeit trägt auch zu mehr Transparenz bei.“

Bislang gibt es sieben Beschwerdestellen auf ehrenamtlicher Basis. 2014 wurden sie vom Bezirk mit 51.000 Euro gefördert. Sie führten rund 1300 Gespräche und Konfliktberatungen. Der Bezirk Oberbayern finanziert jeweils die Kosten für Sachmittel und Supervision, wirbt aber bei Landkreisen und

Kommunen für eine finanzielle Beteiligung. Die regionale Zuständigkeit der einzelnen Beschwerdestellen ist jeweils deckungsgleich mit den Gebieten, die die psychiatrischen Kliniken laut ihrem gesetzlichen Auftrag versorgen.

Die sieben bestehenden Beschwerdestellen sind jeweils zuständig für:

- die Stadt und den Landkreis München sowie die Landkreise Dachau, Fürstenfeldbruck und Ebersberg (zwei Beschwerdestellen);
- die Landkreise Starnberg und Landsberg;
- die Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen und Miesbach;
- die Landkreise Altötting, Mühldorf, Rosenheim und die Stadt Rosenheim;
- die Stadt Ingolstadt sowie die Landkreise Eichstätt, Neuburg-Schrobenhausen und Pfaffenhofen;
- die Landkreise Traunstein und Berchtesgadener Land.

> CONSTANZE MAUERMAYER

### Info-Tag zum Thema Sterbebegleitung bei Behinderten

Mit den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung in ihrer letzten Lebensphase setzt sich ein Fachtag am Freitag, 16. Oktober, Beginn 9.30 Uhr, auseinander. Tagungsort ist der Auhof in Hilpoltstein, Großer Saal im Zentralgebäude. Das Seminar mit dem Titel *Zukunft planen bis zuletzt* ist ein Angebot der Rummelsberger Dienste für Menschen mit Behinderung gemeinnützige GmbH aus der Region Roth/Hilpoltstein in Kooperation mit der Akademie für Hospizarbeit und Palliativmedizin Nürnberg und richtet sich an Angehörige, Fachpersonal und Ehrenamtliche. Referenten sind Werner Schneider, Professor für Soziologie an der Universität Augsburg, sowie Ramona Bruhn, die einen ambulanten Kinder- und Jugendhospizdienst leitet. > E.B.

VERANTWORTLICH für beide Seiten: Bayerischer Bezirktag, Redaktion: Ulrich Lechleitner